

„Wir brauchen eine solche so genannte Gedenkstätte nicht...

und ich werde mich als Lichtenberger dagegen mit allen Mitteln wehren!“

Von Steffen Alisch

Die ehemalige Zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Berlin-Hohenschönhausen dient heute als Gedenkstätte für die dort von deutschen und sowjetischen Kommunisten verübten Verbrechen. Für viele ehemalige MfS-Mitarbeiter, die nach wie vor in der Umgebung wohnen, ist sie als authentischer Ort zur Darstellung der Stasi-Praktiken eine tägliche Provokation. Deren Aktivitäten gegen die Gedenkstätte erreichten im Frühjahr dieses Jahres einen neuen Höhepunkt. Auch „Geschichtspolitiker“ anderer Couleur streben eine politische und personelle Neuausrichtung dieser Einrichtung an.



Die Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen in den 50er Jahren
Fotos: Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen

Alte „Stasi-Kämpen“ treten aus dem Schatten: Nachdem sie jahrelang aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung wie ihr langjähriger Chef Erich Mielke („Ich liebe Euch doch alle“) Altersdemenz oder sonstige Gebrechen simulierten bzw. in privater Runde oder maximal auf PDS-Parteiversammlungen grummelten, wittern sie angesichts der politischen Großwetterlage nun wieder Morgenluft. Schon seit vier Jahren liegt für „den aufrechten Stalinisten“ über der Bundeshauptstadt ein Dauerhoch. Die umbenannte SED, als deren „Schild und Schwert“ sich Mielkes Mannen immer verstanden, darf hier schon wieder ernsthaft mitspielen und gehört sogar dem Berliner Senat an. Dabei schien gerade im jahrzehntelang geteilten Berlin die historische Konstellation vehement gegen ein solches Bündnis der früher feindlichen Brüder zu sprechen. Viele Zeitzeugen können sich noch an die Verfolgung Berliner Sozialdemokraten durch die sowjetische Besatzungsmacht und ihre Helfer aus KPD und SED erinnern.

Nicht wenige Opfer vegetierten jahrelang in sowjetischen Lagern oder bezahlten ihre demokratische Überzeugung sogar mit dem Leben. Sozialdemokratische „Regierende“ wie Louise Schroeder, Ernst Reuter oder Willy Brandt standen lange Zeit für einen konsequenten Abwehrkampf gegen die kommunistische Bedrohung und Unterwanderung.

Umgekehrt galt der SED „Sozialdemokratismus“ als einer der Hauptfeinde in der ideologischen Auseinandersetzung. Die Überwindung der gegenseitigen Aversion trägt beachtliche Früchte: So wird derzeit auf Betreiben des PDS-Kultursenators Thomas Flierl ein Beschluss des SED-Politbüros aus dem Jahre 1974 zur Errichtung eines zentralen Rosa-Luxemburg-Denkmal endlich Realität.

Für den neuen Offensivgeist ehemaliger MfS-Kader gibt es jedoch noch gravierendere Gründe als die parteipolitische Rückendeckung: Fast alle Stasi-Verbrechen (bis auf Mord) sind mittlerweile verjährt, die Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, die für die rechtliche Aufarbeitung der SED-Verbrechen zuständig war, stellte ihre Arbeit inzwischen ein. Ein dritter Grund für die sich häufenden sinistren Aktivitäten der „Tschekisten“ – wie sich die MfS-Angehörigen in Anlehnung an den ersten sowjetischen Geheimdienst Tschecha gern nannten – dürfte in der sich ständig weiter verklärenden Sicht großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung auf die DDR liegen: Während der Diktaturcharakter der SED-Herrschaft in der Erinnerung immer mehr zurücktritt, glänzt der vermeintlich entspannte DDR-Alltag ohne Arbeitslosigkeit und „arrogante Wessis“ in mildem Licht.

MfS, SED, Menschenrechte und Humanismus

Mittlerweile existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich vor allem mit der politischen und juristischen Unterstützung von SED- und MfS-Tätern (u.a. im Kampf gegen das so genannte „Rentenstrafrecht“) und der publizistischen Verharmlosung der einschlägigen Verbrechen befassen. Zu nennen sind insbesondere die 1991 in Berlin gegründete „Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde e.V.“ (GBM), die vor allem von ehemaligen hochrangigen MfS-Mitarbeitern getragene „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V.“ (GRH – gegründet 1993), die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.“ (ISOR) sowie das als Arbeitsgemeinschaft in der GBM aktive „Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“. Im freien Internet-Lexikon Wikipedia kann der geneigte Leser erfahren, dass die GBM mit über 4.500 Mitgliedern in über dreißig Ortsverbänden heute eine große linke Menschenrechtsorganisation in Deutschland sei. Zunehmend beschäftigt sich die GBM auch mit Fragen der internationalen Wahrung von Menschenrechten und kooperiert dabei vor allem mit ost- und mitteleuropäischen Menschenrechtsorganisationen. Den jährlich vergebenen Menschenrechtspreis erhielt 1998 Präsident Dr. Fidel Castro Ruz (Havanna).²⁾



Stadtplan von Ost-Berlin, VEB Touris + Verlag Berlin/Leipzig 1985: Jeder Hinweis auf das MfS-Gelände fehlt.

Ein erstes größeres publizistisches Ausrufezeichen setzten elf Generäle und neun Oberste des MfS, darunter der kurzzeitige Mielke-Nachfolger, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, und Generalleutnant Gerhard Neiber, ebenfalls stellvertretender Minister für Staatssicherheit, mit einem zweibändigen Mammutwerk zur „Abwehrarbeit“ des MfS.³⁾ Der Innenminister der demokratisch gewählten letzten DDR-Regierung, Peter-Michael Diestel, ließ es sich nicht nehmen, ein Vorwort zu verfassen, in dem er die sach- und fachkundige, komplexe Behandlung des Themas durch die Autoren rühmt. Das Buch genüge „wissenschaftlichen Ansprüchen und steht damit im auffälligen Gegensatz zu mehr oder minder seichten Elaboraten von Mächtigen-Historikern, Politikern im Talar, einäugigen Bürgerrechtlern sowie unzähligen Viel- und Dampfschreibern. ... Sie schrieben vom toten Papier ab und publizierten fast immer, ohne mit lebenden Zeitzeugen (gemeint sind die Täter – Steffen Alisch) gesprochen zu haben. Sie fabrizieren eine vergiftete Atmosphäre in Deutschland, die der mentalen Einheit entgegensteht und zum Teil noch steht – und wohlwollend unterstützt

von einer Politik, die auf die Delegitimierung der DDR und die Auflösung der DDR-Eliten gerichtet war. Als wichtigstes staatliches Instrument dafür diente und dient die so genannte Gauck-Behörde. Deren Opfer bleiben ebenso unvergessen wie die des MfS.⁴⁾ Dieser Satz ist an Infamie kaum zu überbieten.

Tatsächlich zeigt schon ein flüchtiger Blick auf das hochgelobte Werk, dass der Leser hier kaum Neues, dafür um so mehr altbekannte Lügen aufgetischt bekommt. Statt selbstkritisch über die eigene Tätigkeit nachzudenken, rasonieren die Stasi-Rentner larmoyant über das heutige Agieren westlicher Geheimdienste.⁵⁾

Der letzte DDR-Ministerpräsident ohne demokratisches Mandat und heutige Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, behauptete jüngst in einem Interview, das MfS habe häufig „Mist“ notiert. „Die Berge, von denen uns Frau Birthler erzählt, sind eigentlich Harmlosigkeiten.“ Die Verantwortung für die Toten des DDR-Grenzregimes trügen „die Verantwortlichen auf beiden Seiten“.

Nach der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki 1975 hätte man von der Konfrontation zur Kooperation kommen können. „Beide Seiten hätten sich bewegen können. Das ist nicht passiert, daher gebe ich der BRD eine Mitschuld an der innerdeutschen Grenze.“⁶⁾

Obwohl sich Teile der PDS halbherzig distanzieren, steht Modrow mit Ansichten dieser Art keineswegs allein. Selbst für den Tod West-Berliner Kinder an der Mauer macht ein Ex-DDR-Diplomat „die andere Seite“ verantwortlich. In den siebziger Jahren waren mehrere Kinder an der Grenze zwischen den Berliner Bezirken Kreuzberg (West) und Friedrichshain (Ost) in die dort vollständig zum sowjetischen Sektor Berlins gehörende Spree gestürzt. DDR-„Grenzorgane“ verweigerten West-Berliner Rettern, die meist sehr viel schneller vor Ort waren, die Erlaubnis zum Eingreifen. Von DDR-Seite konnten die Unfall-Opfer schließlich jedoch nur tot geborgen werden. Joachim Mitdank, 1968 bis 1978 Leiter der „Abteilung Westberlin“ im DDR-Außenministerium, sieht auch heute kein Problem darin, als DDR-Verhandlungsführer mit dem Berliner Senat eine besonders menschenverachtende Praxis innerhalb des ohnehin inhumanen Ost-Berliner Grenzregimes verteidigt zu haben. Stattdessen weist er in „bewährter“ Art und Weise die Verantwortung für das Jahre lange Stagnieren des Verhandlungsprozesses über Maßnahmen gegen solche Unfälle, das tödliche Folgen hatte, dem Berliner Senat zu. Schließlich hätte dieser ja nur Vorschläge der DDR zum Abschluss eines offiziellen Abkommens in dieser Frage aufgreifen müssen.⁷⁾ Diese Auslegung „übersieht“ allerdings, dass in der Vier-Mächte-Stadt Berlin nur die Alliierten solche Regelungen treffen konnten – was natürlich auch die Ost-Berliner Juristen wussten. Ein völkerrechtliches Abkommen als Voraussetzung für die Rettung eines ertrinkenden Kindes – so sah und sieht „DDR-Humanismus“ praktisch aus.

Gedenkstätten und Geschichtspolitik

Auf dem Gelände früherer sowjetischer Speziallager oder MfS-Gefängnisse errichtete Gedächtnisorte aller Art ziehen den besonderen Hass ehemaliger MfS-Angehöriger auf sich.

Häftlinge, die dort einsaßen, werden von den Stasi-“Zeitzeugen“ häufig pauschal als Nazis oder Staatsverbrecher diffamiert. Schon seit einiger Zeit steht die Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen besonders im Fokus dieser Angriffe; nicht zuletzt deshalb, weil ihr

bezüglich der kritischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland aus mehreren Gründen zentrale Bedeutung zukommt,

wie ihr wissenschaftlicher Direktor, Hubertus Knabe, betont: „Der Haftort Hohenschönhausen spielte in allen Phasen der Verfolgung eine herausgehobene Rolle: in der unmittelbaren Nachkriegszeit als sowjetisches Speziallager Nr. 3, während der Besatzungsperiode als zentrales Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Innenministeriums (NKWD/MWD) und ab 1950 als zentrales Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Darüber hinaus befanden sich an diesem Ort noch weitere Haftenrichtungen und mehrere administrative Leitzentralen. An keinem anderen Ort in Deutschland konzentrieren sich die Zeugnisse kommunistischer Repression in vergleichbarer Dichte.

Im Gegensatz zu anderen Gefängnissen der ehemaligen DDR unterstand die Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen direkt der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit. Mit über 200 Zellen und Vernehmerräumen, zuzüglich eines in den fünfziger Jahren genutzten Zellentraktes im Keller, war es das größte Gefängnis des MfS.

Vor Ort residierten die dem Minister Erich Mielke unterstellten Diensteinheiten, die beim Staatssicherheitsdienst für Ermittlungen, Verhaftungen und das Haftregime zuständig waren. Auch die Vernehmerabteilungen und die Untersuchungshaftanstalten in den fünfzehn DDR-Bezirken wurden von hier aus angeleitet und kontrolliert. Hohenschönhausen bildete die Zentralstelle der politischen Repression in Ostdeutschland.

In dem Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen saßen die aus Sicht des MfS wichtigsten Untersuchungsgefangenen ein. Zu ihnen gehörten nicht nur fast alle bekannten Oppositionellen aus der gesamten DDR, von Wolfgang Harich über Rudolf Bahro bis zu Jürgen Fuchs, sondern auch zahlreiche Häftlinge aus dem Westteil Berlins oder der alten Bundesrepublik. Es ist deshalb ein gesamtdeutscher Ort der Verfolgung und des Gedenkens. Da das Gefängnis 1990 geschlossen und 1992 unter Denkmalschutz gestellt wurde, sind große Teile der Gebäude und der Einrichtung nahezu unversehrt erhalten geblieben und legen Zeugnis ab von der untergegangenen SED-Diktatur. Die Tatsache, dass sich die Gedenkstätte in der Bundeshauptstadt befindet, erhöht zusätzlich ihre Bedeutung als nationaler Erinnerungsort an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.“⁸⁾



Hauptgebäude der Anstalt



Lichtenauer Straße 1990

Der Aufbau des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 begann schon im Mai 1945 auf dem Gelände einer ehemaligen Fleischfabrik, zuletzt Standort einer Großküche der NS-Volkswohlfahrt.

Das nach und nach von seiner Umgebung abgeschottete Lager war für 2.500 Häftlinge ausgelegt, tatsächlich vegetierten dort zeitweise bis zu 4.200 Internierte. Nur ein Teil der Häftlinge war tatsächlich NS-belastet, dazu kamen willkürlich Denunzierte, „Werwolf-Verdächtige“ und Gegner der Sowjetisierungspolitik.

Prominente Gefangene waren u.a. der Schauspieler Heinrich George, der wohl wegen seiner Mitwirkung in NS-Propagandafilmen inhaftiert war, sowie der sozialdemokratische Widerstandskämpfer Karl Heinrich (sieben Jahre in NS-Haft), von den Sowjets kurzzeitig zum Schutzpolizeichef von Berlin ernannt. Letzterer gehörte zu den schätzungsweise 3.000 Todesopfern des Lagers, die in der Umgebung verscharrt wurden. Die meisten von ihnen starben an Mangelkrankheiten und Epidemien aufgrund der extrem schlechten hygienischen Verhältnisse. Im Oktober 1946 wurden die restlichen Insassen verlegt und das Speziallager aufgelöst.⁹⁾ Eine sowjetische Verhörzentrale sowie ein Haftarbeitslager, in dem vor allem Fachkräfte Zwangsarbeit leisteten, bestanden weiter.¹⁰⁾



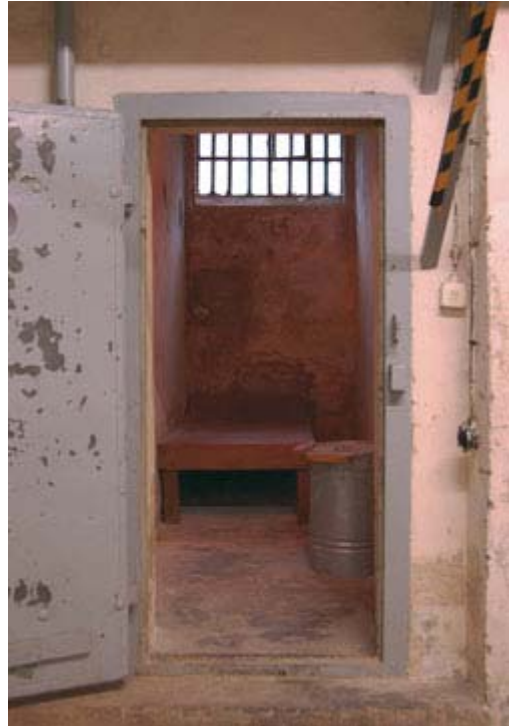
Zelle im Gefängnisneubau

Nach der Schließung des Speziallagers begannen die Insassen des Haftarbeitslagers mit dem Umbau der ehemaligen Großküche zum zentralen Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes für die SBZ und Berlin, das Mitte 1947 in Betrieb ging. Hier wurden vermeintliche oder tatsächliche „Konterrevolutionäre“ aller Art eingesperrt: Deutsche aus Ost und West (darunter nicht wenige Entführungsoffer aus den Westsektoren Berlins), Angehörige der eigenen Streitkräfte und andere Ausländer. Die Untersuchungshaft dauerte in der Regel einige Wochen oder Monate, manche verbrachten aber auch mehr als ein Jahr dort. Bei den meist nächtlichen Verhören wurde das ganze Spektrum von „Zuckerbrot und Peitsche“ angewandt, um den Widerstand der Häftlinge zu brechen. Dem sowjetischen Geheimdienst war bereits 1937 durch das ZK der KPdSU die Anwendung der Folter offiziell erlaubt worden.¹¹⁾



Zellengang im „U-Boot“

Auch in Hohenschönhausen war damals Folter Teil des Haftalltags, wie der Historiker Peter Erler auf der Grundlage von Aussagen ehemaliger Häftlinge beschreibt: Zu den üblichen Praktiken „gehörten u.a. das Stehen bis zur Ohnmacht sowie Fausthiebe und Stiefeltritte in alle Körperteile. Als Schlaginstrumente verwendeten die Peiniger Gummiknüppel, Lederpeitschen, Eisenstangen, Stahllineale, Kabelenden und lederne Sandsäckchen. Außerdem wurde versucht, mit systematischem Schlafentzug, Androhung der Erschießung oder Verhaftung und Misshandlung der Ehefrau sowie mit Dunkelhaft massiven psychischen Druck auszuüben. Schläge auf den Kopf und ins Gesicht führten in vielen Fällen zu stark blutenden Platzwunden, die nicht behandelt wurden. Viele Betroffene, auch Frauen, verloren infolge der Misshandlungen in Berlin-Hohenschönhausen einen Großteil ihrer Zähne. Es kam nicht selten vor, dass ohnmächtige Folteropfer nach dem Verhör in ihre Zelle zurückgeschleppt werden mussten oder von den Wächtern an den Haaren dorthin gezerrt wurden. Besonders zermürbend wirkte auf die Untersuchungsgefangenen der Aufenthalt in Steh- und Wasserkarzern.“¹²⁾ Den brutalen Verhörmethoden, Hunger und Schlafentzug hielten nur wenige über längere Zeit stand. Um den Qualen zu entgehen, versuchten einige Opfer, Selbstmord zu begehen. Die meisten waren irgendwann zu einem Geständnis bereit, anschließend verbesserten sich in der Regel ihre Haftbedingungen bis zur Urteilsverkündung etwas.¹³⁾



Zelle im „U-Boot“

Im Jahre 1951 wurde die Untersuchungshaftanstalt bei laufendem Betrieb vom sowjetischen Geheimdienst MGB an das MfS übergeben. Ein Teil der Häftlinge wurde u.a. nach Berlin-Karlshorst verlegt, andere blieben (ebenso wie sowjetische Vernehmer) in Hohenschönhausen.¹⁴⁾

Das MfS übernahm die Methoden der Sowjets: Bis zum Todesjahr Stalins (1953), als auch in der Sowjetunion die Folter offiziell abgeschafft wurde, waren körperliche Misshandlungen durch MfS-Untersuchungsführer „die Regel, nicht die Ausnahme“.¹⁵⁾

Die U-Haft wurde neben der Untersuchung und Befragung verdächtiger Personen zur politisch-psychologischen Vorbereitung der Gefangenen auf die Hauptverhandlung vor Gericht genutzt.¹⁶⁾ Die Verhöre wurden meist von mehreren MfS-Mitarbeitern geführt, wobei die Androhung von Repressalien gegen Verwandte, gezielte



Zellengang im Neubau

Fehlinformationen über das Verhalten des sozialen Umfeldes, die Verweigerung von Rechtsmitteln sowie Dauerverhöre der physischen und psychischen Erschöpfung der Inhaftierten dienten, auch Isolationshaft war verbreitet.¹⁷⁾

1962 wurde ein Gefängnis-Neubau fertig gestellt, so dass sich die Haftbedingungen etwas verbesserten. Anders als in den nur mit Kübel und Holzpritsche ausgestatteten feucht-kalten Kellerzellen im noch aus Sowjetzeiten stammenden so genannten „U-Boot“, in die meist keinerlei Tageslicht drang, gehörten jetzt – allerdings mit Glasbausteinen zugemauerte – Fenster zum Standard, ab den siebziger Jahre auch Waschbecken, Toilette, Matratze, Bettzeug und ein kleiner Wandschrank. Dennoch war der Umgang mit den Untersuchungshäftlingen – nach den Maßstäben einer zivilen und humanen Gesellschaft – alles andere als menschenwürdig. So wurden sie bewusst im Unklaren über ihren Aufenthaltsort gelassen, eine Nummer ersetzte fortan ihren Namen; Gespräche waren nur mit dem „Vernehmer“ möglich. Zunehmend setzte das MfS auf „ganzheitliche“ Konzepte der so genannten „operativen Psychologie“, um die Inhaftierten zu Geständnissen zu bringen.¹⁸⁾ Die für die „Verfeinerung“ dieser Methoden an der MfS-eigenen Hochschule erworbenen Dokortitel dürfen laut Einigungsvertrag auch heute noch „rechtmäßig“ geführt werden.¹⁹⁾

Neben der Untersuchungshaftanstalt betrieb das MfS von 1952 bis 1974 auf dem Gelände auch ein Haftarbeitslager, das so genannte „Lager X“. Die hier Inhaftierten errichteten u.a. den erwähnten Neubau des Untersuchungsgefängnisses sowie weitere MfS-Dienstgebäude im Umkreis. Zudem existierten Reparatur- und Produktionswerkstätten, vor allem für Kraftfahrzeuge. Die Lebensbedingungen für die dort Inhaftierten (mehr als die Hälfte Kriminelle) waren besser als in der MfS-Untersuchungshaft, aber auch als in anderen Strafvollzugsanstalten der DDR, was wohl nicht zuletzt mit der von den in der Regel nach ihrer beruflichen Qualifikation ausgesuchten Häftlingen erwarteten Leistung zusammenhing. Trotzdem gab es auch hier ein breites Spektrum von Disziplinierungsmaßnahmen.²⁰⁾ Über die Haftanstalten hinaus siedelte das MfS im militärischen Sperrgebiet Hohenschönhausen noch eine Vielzahl weiterer Dienststellen an.



Reste des Schwimmbads
im MfS-Haftarbeitslager („Lager X“)
in den
90er Jahren

Nach der Stasi-Auflösung wurde nur die Untersuchungshaftanstalt unter Denkmalschutz gestellt, der Rest wird anderweitig genutzt oder steht leer.

Wachtürme und -häuschen sind weitgehend verschwunden. Anfängliche Befürchtungen, die 1995 eröffnete Gedenkstätte sei zu weit von anderen touristischen Attraktionen der Hauptstadt entfernt, um viele Interessenten anzuziehen, erwiesen sich als unbegründet, die Besucherzahlen steigen ständig.²¹⁾ Im Jahr 2005 kamen mehr als 140.000 Menschen,



Führung durch die Gedenkstätte mit
Klaus-Dieter Walter

darunter mehr als 56.000 Schüler. Die Wirkung der Konfrontation mit dieser authentischen Stätte politischer Verfolgung wird noch dadurch gesteigert, dass in der Regel ehemalige Häftlinge die Besuchergruppen führen.²²⁾

Gefängniswärter in der Offensive

Die Einrichtung der Gedenkstätte in „ihrem“ Umfeld – noch heute leben viele ehemalige MfS-Angehörige in dieser Gegend – ist den „Tscheakisten“ ein Gräuel. Sie wissen in dieser Frage einen nicht geringen Teil der Bevölkerung hinter sich, der dem Museum ablehnend gegenübersteht. Unbedarft nach dem richtigen Weg zu „Knabes Gruselkabinett“ (wie die Einrichtung in der „Szene“ genannt wird) fragende Besucher werden schon mal in die falsche Richtung geschickt. Bei den Führungen kritisieren allein oder in Kleingruppen auftretende Altkader angebliche Geschichtsfälschungen durch die ehemaligen Häftlinge.



Haftkrankenhaus

Auch publizistisch wird die Gedenkstätte angegriffen. Der frühere MfS-Oberst Siegfried Rataizik, letzter Leiter der im MfS für Untersuchungshaft und Strafvollzug zuständigen Abteilung XIV, ist in einem Beitrag für das erwähnte Rechtfertigungsbuch „Die Sicherheit“ bemüht, das Regime in seinen Haftanstalten als humanistischen Prinzipien und streng formalisierten Vorschriften folgend darzustellen.

Die Liste der von ihm zitierten Rechtsvorschriften zur Regelung der Untersuchungshaft füllt anderthalb Seiten: Neben „gesetzlichen und anderen Rechtsgrundlagen der Untersuchungshaft“ und „dienstlichen Bestimmungen des MfS“ erwähnt er auch folgende „völkerrechtliche Bestimmungen“: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948; die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950; die Internationale Konvention über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 sowie den Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft und Strafgefangenschaft unterworfenen Personen (Resolution 43/173 der Generalversammlung der Vereinten Nationen) vom 9. Dezember 1988.²³⁾ Diese Darstellung hat etwa so viel mit der Realität in den Haftanstalten zu tun wie die früher im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichten Wirtschaftsberichte mit der tatsächlichen Lage der DDR-Wirtschaft. Um dies zu belegen, muss man nicht unbedingt auf die vielfältigen anders lautenden Zeitzeugenberichte rekurrieren; man kann auch MfS-Akten heranziehen: Entspricht es etwa völkerrechtlichen Normen, in Untersuchungshäftlingen „Verbrecher und Feinde des Friedens und des Fortschritts zu sehen“, wie es die erste Dienstanweisung für die Untersuchungshaftanstalten aus dem Jahre 1955 von den MfS-Mitarbeitern verlangte?²⁴⁾



Freigang des Krankenhauses

Aus der Zeit „kurz vor Toresschluss“ stammt dagegen ein aufschlussreiches Protokoll, laut dem der zuständige MfS-Psychiater Anfang 1988 auf einen in seiner Zelle randalierenden Häftling mit folgenden Worten „beruhigend“ einwirkte: „Ich pump dich mit Medikamenten voll, dass du am nächsten Tag nicht mehr weißt, wie du heißt und wann du geboren wurdest. ...“⁽²⁵⁾

Laut Rataizik werden in der Ausstellung „nationalsozialistisches‘ und ‚SED-Regime‘ miteinander verkoppelt“. Eine solche Betrachtungsweise laufe „erkennbar darauf hinaus, die Verbrechen der Nazi-Diktatur zu bagatellisieren und dafür der DDR solche zu unterstellen“. Als „zweites ideologisches Raster“ identifiziert der MfS-Analytiker „die Konstruktion von den angeblich ‚beiden Phasen‘ der kommunistischen Gewaltherrschaft. Einerseits gab es das sowjetische Internierungslager und das NKWD-Untersuchungsgefängnis, andererseits die Untersuchungshaftanstalten des MfS der DDR als ‚Fortführung des sowjetischen Repressionsstils‘. Beides wird miteinander verknüpft.“ Selbst Rataizik möchte offensichtlich ungern mit den Verbrechen der sowjetischen „Freunde“ in Verbindung gebracht werden, obwohl er andererseits behauptet, die sowjetische Besatzungspolitik werde „grundsätzlich verfälschend ihres antifaschistischen Inhalts beraubt“.⁽²⁶⁾ Insgesamt transportiere die Gedenkstätte politisch-ideologisch motivierte Propaganda: „Wenn die Ausstellung zu den Verbrechen der faschistischen Wehrmacht überarbeitet werden musste, weil sich manche Bildunterschriften als nicht korrekt erwiesen, so ist bezogen auf die ‚Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen‘ zu konstatieren, hier sind nicht nur einzelne Bildunterschriften falsch, sondern die gesamte Ausstellung hat mit der Wahrheit über die DDR, das MfS, den Untersuchungshaftvollzug und die Untersuchungsorgane des MfS kaum etwas gemein.“⁽²⁷⁾ Im Detail lesen sich seine Rechtfertigungen oft ausgesprochen zynisch.

So billigte man den Häftlingen nicht einmal eine individuelle Liegeposition auf der Gefängnispritsche zu; wenn sie sich im Schlaf drehten, wurden sie unbarmherzig geweckt, was von vielen im Nachhinein als sehr belastend beschrieben wird. Dazu heißt es bei Rataizik: „Die Durchsetzung einer ‚Schlafhaltung‘ während der Nachtruhe, bei der die Hände sich auf der Bettdecke befinden sollten, hatte vor allem den Sinn, Suizidhandlungen vorzubeugen.“⁽²⁸⁾

Wer noch Absurderes lesen möchte, nehme das Pamphlet von Horst Schneider zur Hand, eines Wiedergängers des verstorbenen DDR-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler (im Volksmund „Sudel-Ede“ genannt). Einleitend schreibt der Sportjournalist Klaus Huhn: „Gemeinsam haben sich Schneider und ich für das Dauerthema ‚Kreuzzug gegen die DDR‘ entschieden, uns den brisanten Frontabschnitt ‚Stasi‘ ausgesucht, dort die Kampfzone ‚Gedenkstätten‘ gewählt und uns schließlich konkret auf Hohenschönhausen konzentriert.“⁽²⁹⁾ In Schneiders Text wird „voll zugelangt“: „Nach 1990 schien es Politikern und Publizisten der BRD, unterstützt von willigen Historikern und Dissidenten, nötig, nützlich und möglich zu sein, Haftanstalten in der DDR in ‚Orte des Grauens‘ zu verwandeln, um die DDR zu verteufeln. ... Durch den Einigungsvertrag wurden über Nacht ‚Opfer‘ geschaffen, indem Personen, die schwere Straftaten gegen die DDR begangen hatten, als unschuldig eine umgekehrte Qualität zuerkannt erhielten. Siebenstellige finanzielle und andere staatliche Unterstützungen beseitigten anfänglich noch vorhandene Gewissensbisse ehemaliger Straftäter, hatten aber auch wesentlichen Anteil an erfundenen Gruselgeschichten.“⁽³⁰⁾

Jahrelang empörten sich ehemalige MfS-Mitarbeiter über die vom „Klassenfeind“ betriebene bundesdeutsche „Siegerjustiz“, die die „Delegitimierung“ der DDR und auch des MfS anstrebe und die Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates sozial deklassiere.

Nunmehr wird das Argument quasi umgekehrt und dem MfS angesichts der geringen Zahl tatsächlich ergangener Urteile gegen ehemalige Mitarbeiter ein rechtsstaatlicher Persilschein ausgestellt: Die Verfahren widerlegten „die allenthalben verbreitete, unausrottbare Auffassung über Folter in der DDR und Gewalttaten des MfS: die akribische, über zehn Jahre währende Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten erbringt den rechtskräftigen Nachweis, dass diese Vorwürfe gegen das MfS unberechtigt sind. Die Kollektivverfolgung seiner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit, die Kürzung ihrer Rentenansprüche, ihre politische Entrechtung und ihre arbeitsrechtliche Benachteiligung sind folglich durch nichts gerechtfertigt.“³¹⁾

Die Urteilszahlen – nicht nur im Bereich MfS-Täter – sind sicherlich beklagenswert niedrig. Die Gründe dafür reichen von der schwierigen Beweislage und dem Rückwirkungsverbot über die Verjährung vieler Delikte bis hin zu einem bei Teilen der Justiz nicht immer besonders stark ausgeprägten Engagement in diesen Fragen. Doch der Rückschluss auf nicht vorhandene Taten ist zweifellos unzulässig.

Dieselben Autoren würden ein solches Argument bezüglich der ebenfalls bedauerlich niedrigen Zahl rechtskräftiger Verurteilungen von NS-Tätern durch die bundesdeutsche Justiz mit Recht zurückweisen.

Besonders bedrohlich scheint die Botschaft der Gedenkstätten aus Sicht Schneiders und seiner Gesinnungsgenossen für Kinder und Jugendliche: „Warum wohl werden massenhaft Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Bussen herangekarrt? Ihnen soll doch hauptsächlich vor Augen geführt werden, zu welchen ‚Verbrechen‘ die Kommunisten fähig seien, damit die jungen Leute künftig gar nicht erst auf die Idee kommen, einen neuen Versuch in Richtung Sozialismus zu wagen.“³²⁾ Deshalb werden Schulen und Kultusministerien von ehemaligen MfS-Mitarbeitern angeschrieben, um diese vor „Falschdarstellungen, antikommunistischer Hetze und psychischem Terror gegen Minderjährige“ zu warnen, für die angeblich die Gedenkstätte Hohenschönhausen verantwortlich sei.³³⁾



Veranstaltung „Sperrgebiet im Stadtraum“, 14. 3. 2006

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Täteroffensive am 14. März 2006, als zwei Hundertschaften ehemaliger Stasi-Kader eine vom Lichtenberger Bezirksamt und dem Berliner Kultursenator veranstaltete Podiumsdiskussion über die Aufstellung von vier Tafeln zur Markierung des Sperrgebiets in Hohenschönhausen aufsuchten.

Auf dem Podium Zweiter von links Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe, ganz rechts Kultursenator Thomas Flierl
Fotos: Matthias Melster

Seit langem bemüht sich die Gedenkstätte um eine Kennzeichnung des früheren MfS-Geländes. Die im Bezirk mit absoluter Mehrheit regierende PDS hatte offiziell nichts dagegen, sah sich aber außerstande, für eine Finanzierung zu sorgen. Nachdem die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur diese zugesagt hatte, erhoben die Postkommunisten Bedenken gegen den auf den Tafeln vorgesehenen Begriff der „kommunistischen Diktatur“.

Zur Versachlichung der Auseinandersetzung sollte die öffentliche Veranstaltung am 14. März beitragen. Doch die anwesenden „Tschekeiten“ störten bereits die einleitenden Referate mit Zwischenrufen, Zischen und Tuscheln, bei dem anschließenden Podiumsgespräch erreichten die Unmutsbekundungen insbesondere bei den Äußerungen des Gedenkstättenleiters Knabe und einem seiner Mitarbeiter ihren Höhepunkt.

Die für das Publikum offene Fragerunde wurde dann von MfS-Offizieren wie Dieter Skiba und dem erwähnten Siegfried Rataizik in eine flammende Anklage gegen die Gedenkstätte umfunktioniert.

Die Argumente waren nicht neu (angebliche Konstruktion von Tätern und Opfern, humane Haftbedingungen, juristische Rehabilitierung von MfS-Angehörigen etc.). Hinzu kamen Skurrilitäten wie die Forderung nach Markierung des Standortes der „Dienststellen“ der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ sowie der Westalliierten, die Ausgangspunkt für schwere Kriminalität und Staatskriminalität gegen die DDR gewesen seien. Eine Frau rezitierte minutenlang aus einem Brockhaus-Artikel zum Stichwort Kommunismus, um damit gegen den Terminus „kommunistische Diktatur“ auf den geplanten Tafeln zu argumentieren.

Stärker als die altbekannten Tiraden wirkte die schiere physische Präsenz der ehemaligen Stasi-Kader. Ehemalige Häftlinge, die hier ihren einstigen „Vernehmern“ wiederbegegnen mussten, wurden nach eigener Aussage schon auf dem Weg zur Veranstaltung u.a. als „Faschisten“ beschimpft und bei unliebsamen Wortmeldungen mit „Halt die Fresse, sonst kriegst du eine drauf“ bedroht. Der Ex-Häftling Matthias Melster sprach davon, dass im Gefolge der Veranstaltung Erinnerungen an die Verfolgung in der DDR und neue Angstgefühle in einem Maße wieder hochgekommen seien, wie er es nicht für möglich gehalten hätte.³⁴⁾ Skandalös war das Verhalten des Kultursenators Thomas Flierl (PDS), gleichzeitig noch Vorsitzender des Stiftungsrates der Gedenkstätte, der alles weitgehend ungerührt hinnahm und Gedenkstättenleiter Knabe keine Unterstützung zukommen ließ.



Überwachungsraum

Das Bürgerbüro, ein Verein ehemaliger DDR-Bürgerrechtler, der sich vor allem der Opferberatung verpflichtet fühlt, schreibt dazu: Die Verhöhnung der Opfer und der öffentliche Auftritt ehemaliger MfS-Offiziere seien „im Osten nichts Neues. Doch die Organisation einer Veranstaltung von Bezirk und Land, in deren Einladung das Wort Staatssicherheit mit keiner Silbe erwähnt wird, in deren Diskussion fast nur ehemalige Stasi-Mitarbeiter zu Wort kommen, und in deren Verlauf der Kultursenator Flierl kein Wort des Mitgeföhls, der Empathie, der Solidarität mit den SED- und Stasi-Opfern findet, weist in diesem Zusammenhang eine neue Qualität auf, insbesondere, wenn diese Vorgänge als „Quasi-Basisdemokratie“ im Sinne von Bürgerbeteiligung dargestellt werden (Als wüsste man nicht, dass der Bezirk Lichtenberg Hohenschönhausen deutschlandweit eine soziologische Anomalie darstellt – als Ergebnis bewusster SED-Bevölkerungspolitik)“.³⁵⁾

Doch auch dem MfS traditionell freundlicher gegenüberstehende Kreise machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. So berichtete die „Junge Welt“, früheres „Zentralorgan“ der parteitreuen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR und heute ein linksradikales Blatt, unter dem Titel „Hubertus Knabe TV“ über eine Sendung des Mitteldeutschen Rundfunks zum Eklat vom 14. März: „Selbst im MDR, der Außenstelle der CSU-Abteilung Agitation, wird der Höllenschlund der deutschen Geschichte nur noch selten geöffnet. Jetzt aber: ‚Stasi-Aufmarsch in Hohenschönhausen‘. Moderatorin Elis brach fast die Stimme. Originalaufnahmen von MfS-Mitarbeitern. Wer hat die schon? Und dann gleich 200. Das sind Zahlen, die Kamera zeigt lange Stuhlreihen, besetzt mit älteren Herrschaften. Es fehlen allerdings Hörner, Krummnasen, Bärte, Schlitzaugen, Tentakel. Wo soll da ein Feindbild herkommen? Dennoch werden die brandheißen Aufnahmen von vor zwei Wochen gezeigt. Einige erheben sich und wagen es, einen vollständigen Satz zu sprechen. Das ist menschenähnlich, also eine Beleidigung der Opfer. ...“³⁶⁾

Nach Rücktrittsforderungen von Bürgerrechtlern und aus den Reihen der parlamentarischen Opposition entschuldigte sich Flierl zwar für seine Zurückhaltung, lehnte aber weitere Konsequenzen ebenso ab wie der Regierende Bürgermeister, der freilich wenige Monate vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus schwerlich den einzigen PDS-Senator ostdeutscher Herkunft in die Wüste schicken kann, ohne die Koalition zu gefährden.

Die Auseinandersetzung geht unterdessen weiter. Am 28. April beschloss die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung die Aufstellung der Tafeln, über die weitere Markierung des Sperrgebiets soll später entschieden werden. Hubertus Knabe erwirkte inzwischen eine einstweilige Verfügung gegen den ehemaligen MfS-Oberstleutnant Wolfgang Schmidt, der ihn öffentlich „Volksverhetzer“ genannt hatte.

Wie ist die entstandene Lage zu beurteilen? Steht in Ostdeutschland ein geschichtspolitischer „roll back“ ins Haus? Oder ist dies eher das letzte Gefecht einer sich gegen die eigene Bedeutungslosigkeit und das gerade in dieser Gedenkstätte gezeichnete Bild der DDR wehrenden Rentnergruppe?

Leider gibt es kaum empirische Daten zum Ansehen des MfS in der ostdeutschen Bevölkerung. Obwohl die Würde der Opfer natürlich mit jedem provozierenden öffentlichen Auftritt ihrer früheren Peiniger verletzt wird, und obwohl ehemalige IM des MfS von den Postkommunisten nach wie vor selbst dann für oberbürgermeistertauglich befunden werden, wenn sie der Landtag für „parlamentsunwürdig“ erklärt,³⁷⁾ ist übertriebene Aufregung hier fehl am Platz.

Die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hat trotz gelegentlicher „ostalgotischer“ Anwandlungen die Aktivitäten der Stasi in durchaus schlechter Erinnerung und ist deshalb für einschlägige Agitationsversuche wohl eher wenig zugänglich.

Auch die PDS kann ihr einstiges „Schwert und Schild“ nicht mehr uneingeschränkt schützen. Durch die „grauen Herren“ droht der Gedenkstätte Hohenschönhausen als „authentischer Ort“ keine echte Gefahr.

Experten und ihre Gedenklanschaft

Größeres Ungemach könnte von anderer Seite ausgehen: Der Bericht einer noch unter rot-grüner Ägide von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiß eingesetzten Expertenkommission empfiehlt u.a. einen Kurswechsel in der Erinnerungskultur. Bis kurz vor Abgabe der Kommissionsempfehlungen sollte sogar noch ein „Paradigmenwechsel von der politischen Delegitimation zur kritischen Historisierung“ der DDR-Geschichte angestrebt werden, auf den einige Kommissionsmitglieder schon länger setzen. Dieses Ziel findet sich bis zur am 15. Mai veröffentlichten Endfassung nicht mehr; die Richtung wird dennoch sehr deutlich:

So will man die schon lange wegen ihrer relativen Autonomie unbeliebten Gedenkstätten in der ehemaligen MfS-Zentrale (Haus 1 in Lichtenberg) sowie in Hohenschönhausen unter die Kuratel einer zum Dokumentations- und Forschungszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ umgewandelten „Birthler-Behörde“ stellen und den Gedenkstätten somit peu à peu ihre Autonomie nehmen.

Dabei hat sich gerade die Haus 1 betreibende „Antistalinistische Aktion“ (ASTAK – ein Verein ehemaliger Bürgerrechtler) mit überwiegend ehrenamtlichem Engagement große Verdienste insbesondere auf dem Feld der politischen Bildung erworben.

Auch in Hohenschönhausen soll fortan das vom Kommissionsvorsitzenden Martin Sabrow (Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam) propagierte Bild der DDR als einer „Konsensdiktatur“ – eine für den SED-Staat zumindest äußerst umstrittene Charakterisierung – vermittelt werden, wofür der derzeitige Gedenkstätdirektor Hubertus Knabe natürlich nicht zu gewinnen ist.

Anders als eine Vielzahl von Kritikern begrüßten die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke., Luc Jochimsen, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Petra Pau, die Empfehlungen der Expertenkommission ausdrücklich: „Mit dieser Analyse und den aus ihr abgeleiteten Vorschlägen liegt ein hilfreicher, weiterführender Beitrag zur sachgerechten Bearbeitung des Themas ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘ vor, der auch als Herausforderung und Anstoß für die Linke zu begreifen ist. Wir teilen uneingeschränkt die These der Kommission, dass Alltag und Widerstand der DDR-Bevölkerung in der gegenwärtigen Gedenklanschaft weitgehend ausgeblendet werden – und damit auch die spannende Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft.“⁽³⁸⁾

Bleibt zu hoffen, dass diese klare Befürwortung durch die PDS dazu beiträgt, die Kommissionsvorschläge zumindest sehr kritisch zu diskutieren.

Dr. Steffen Alisch ist wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin.

Fußnoten

- ¹ Äußerung aus dem Publikum auf einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin-Hohenschönhausen am 14.3.2006.
- ² Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_f%C3%BCr_B%C3%B... [Zugriff 24.5.06].
- ³ Reinhard Grimmer u.a. (Hg.): Die Sicherheit, Berlin⁵ 2003.
- ⁴ Peter-Michael Diestel: Ein Plädoyer, in: Reinhard Grimmer, a.a.O., Band 1, S. 7-8.
- ⁵ Zur Kritik vgl. u.a. Karl Wilhelm Fricke, in: Deutschland Archiv 5/2002, S. 856-860.
- ⁶ Zit. in: Cicero 5/2006, S. 73-75.
- ⁷ Vgl. Joachim Mitdank: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Vier-Mächte-Abkommen und der Grenzöffnung 1989. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 2003, S. 100-110.
- ⁸ Hubertus Knabe: Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in: ZdF. Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 13/2003, S. 149.
- ⁹ Vgl. Peter Erler: Das sowjetische Speziallager Nr. 3, Mai 1945 bis Oktober 1946 in Berlin-Hohenschönhausen. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 13/1994, Berlin 1994, sowie Hubertus Knabe: Die deutsche Lubjanka. Das zentrale Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen, in: Deutschland Archiv, Nr. 1/2002, S. 74-81.
- ¹⁰ Letzteres existierte laut Peter Erler noch bis Ende 1948/Anfang 1949. Vgl. Peter Erler: Das geheime Arbeitslager des sowjetischen Geheimdienstes in Berlin-Hohenschönhausen, in: ZdF. Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 12/2002, S. 98-117.
- ¹¹ Vgl. Peter Erler: Die „deutsche Lubjanka“ in Hohenschönhausen. Das zentrale Untersuchungsgefängnis des MGB in Berlin – ein Exkurs über Insassen, Hafträume und Verhörmethoden, in: ZdF. Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 15/2004, S. 93-113.
- ¹² Ebd., S. 102.
- ¹³ Vgl. ebd., S. 106.
- ¹⁴ Vgl. ebd., S. 96.
- ¹⁵ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen und Aktionsfelder, Köln³ 1989, S. 135-136.
- ¹⁶ Vgl. ebd., S. 130.
- ¹⁷ Vgl. Jürgen Fuchs: Bearbeiten, dirigieren, zuspitzen. Die „leisen Methoden“ des MfS. In: Klaus Behnke/Jürgen Fuchs (Hg.): Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi, Hamburg 1995, S. 44-83.
- ¹⁸ Vgl. Knabe 2002, a.a.O., S. 77-80, sowie Holger Richter: Die operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Frankfurt/Main 2001.
- ¹⁹ Vgl. Wilhelm Bleek/Lothar Mertens: DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat, Opladen 1994, S. 235.
- ²⁰ Peter Erler: „Lager X“. Das geheime Haftarbeitslager des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 25/1997. Sehr aufschlussreich u.a. das Vorwort von Hans-Eberhard Zahn.

- ²¹ Vgl. Knabe 2002, a.a.O., S. 61, zum Sperrgebiet ausführlich Peter Erler: Ein Geheimdienst erweitert seine materielle Basis. Zur Baugeschichte und Strukturentwicklungen des MfS-Sperrgebietes Berlin-Hohenschönhausen, in: ZdF. Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 16/2004, S. 117-131.
- ²² Vgl. die Homepage der Gedenkstätte: www.stiftung-hsh.de.
- ²³ Siegfried Rataizik: Der Untersuchungshaftvollzug im MfS (Abt. XIV im MfS und in den BV). In: Grimmer u.a., a.a.O., Band 2, S. 495-519, hier: S. 497-498.
- ²⁴ Dienstanweisung für den Dienst und die Ordnung in den Untersuchungshaftanstalten des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 2.10.1985 (GVS 2708/55), BStU, ZA, MfS STM 1872, zit. nach: Johannes Beleites: „Feinde bearbeiten wir!“ Die Haftbedingungen im Untersuchungshaftvollzug des MfS. In: Deutschland Archiv 5/1999, S. 787-798, hier: S. 790-791.
- ²⁵ BVfS Suhl, Abt. XIV, Ref. IV, Aktennotiz vom 14.2.1988, BStU, ZA, MfS, Abt. XIV 119. Zit. nach: ebd., S. 797.
- ²⁶ Vgl. ebd., S. 514.
- ²⁷ Ebd., S. 516.
- ²⁸ Ebd., S. 517.
- ²⁹ Klaus Huhn: Vorweg, in: Horst Schneider: Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari), Berlin 2005, S. 3.
- ³⁰ Ebd., S. 35 und 38.
- ³¹ Friedrich Wolff: Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz, Berlin 2005, ohne Seitenangabe, zit. nach: Schneider, a.a.O., S. 120.
- ³² Schneider, a.a.O., S. 32.
- ³³ Vgl. „Berliner Morgenpost“ vom 25.3.2006.
- ³⁴ Vgl. „Die Welt“, 21.3.2006.
- ³⁵ Pressemitteilung vom 21. 3. 2006
- ³⁶ „Junge Welt“ vom 29.3.2006.
- ³⁷ So geschehen im Fall der Oberbürgermeisterkandidatin Ina Leukefeld (IM „Sonja“), die zur Wahl im thüringischen Suhl am 7. Mai für die PDS antrat. Vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 6.5.2006.
- ³⁸ Pressemitteilung vom 15. Mai 2006, Quelle: www.Linksfraktion.de.